

Berlin, 19. Februar 2021

zur Information

Herrn Minister

a.d.D.

RA 513

Betr.:

Stellungnahme zu Google News Showcase

BW 10/3
Fu
10/3

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre haben Abdruck erhalten.

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	T-201214-001
Eingang Leitung	19.02.2021
eDW-M-Nr.:	-
Abzeichnungsleiste	
PSt z. K.	
St	[REDACTED]
AL	[REDACTED] VI 19.02.21
UAL	[REDACTED] VIA; 19.02.21
Ref [REDACTED]	
Referatsleiter/in	[REDACTED] VIA3; 19.02.21
Bearbeiter/in	[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED], VIA3 19.02.21
Mitzeichnung	IB1; ZR
Referat und AZ	VIA3 – 60209-005#005

23/2

2/2

23/2

I. Kernsätze

- Im Rahmen der Initiative **Google News Showcase** erwirbt Google von den teilnehmenden Presseverlagen (inzwischen 25 in Deutschland) **Lizenzen über „qualitativ hochwertige Inhalte“** für ein neues Nachrichtenformat.
Teil des Programms ist der **kostenlose Zugriff für Google-Nutzer** auf einige ansonsten kostenpflichtige Artikel der Verlage.
- Presseverlage und Google streiten schon lange über die **Verteilung von Werbeeinnahmen**. BMWi hat sich daher für eine **schnelle 1:1-Umsetzung des europäischen Leistungsschutzrechts für Presseverleger** eingesetzt und mit den neuen Regelungen der Missbrauchsaufsicht im **GWB-Digitalisierungsgesetz** u.a. eine Forderung der Verlage insb. mit Blick auf Google und das Leistungsschutzrecht unterstützt.

II. Sachverhalt und Stellungnahme

[REDACTED] (von Google) hat Ihnen mit E-Mail vom 11. Februar 2021 Informationen zum Stand des Google-Partnerprogramms mit den Presseverlagen in Deutschland (**Google News Showcase**) übersandt.

Google hat am 1. Oktober 2020 eine **neue Initiative** gestartet, an der inzwischen **25 deutsche Medienunternehmen** und somit über 50 Publikationen (u.a. F.A.Z., SPIEGEL, ZEIT, Rheinische Post und Tagesspiegel – **alle nicht Mitglied der VG Media**) beteiligt sind. Google führt zudem Gespräche mit dem **Axel Springer Verlag**, der angeblich Interesse an einer Zusammenarbeit mit Google bekundet hat.

Google erwirbt von den teilnehmenden Verlagen Lizenzen über „qualitativ hochwertige Inhalte“ für ein neues Nachrichtenformat. Es soll den teilnehmenden Verlagen helfen, die Sichtbarkeit ihrer Inhalte zu vergrößern und Qualitätsjournalismus fördern. Teil des Programms ist der kostenlose Zugriff für Google-Nutzer auf einige ansonsten kostenpflichtige Artikel der Verlage. Insoweit werden die sog. Paywalls geöffnet, was die Reichweite der Verlage erhöht.

Presseverlage und Google streiten schon lange über die Verteilung von Werbeeinnahmen. Die Verlage kritisieren, dass Google kleine Textausschnitte („Snippets“) von Pressetexten anzeigt, ohne sie zu vergüten. Google argumentiert, mit diesen Ausschnitten die Reichweite der Verlage zu erhöhen. Die gleiche Argumentation verwendet Facebook im aktuellen Streit mit der australischen Regierung über eine gesetzliche Regelung zur Beteiligung der australischen Verlage an de

Die **VG Media** (nun Corint Media) hatte Sie (sowie C im Oktober 2020 um Unterstützung gebeten bei der **großen Digitalplattformen** wie Google (und Facebook) **zum Schutz des Leistungsschutzrechts**. StN hat in Ihrem Schreiben am 2. Dezember 2020 beantwortet.

VG Media wirft den großen Digitalplattformen eine „**Verletzung**“ von Verträgen mit Presseverlegern in alle würden diese die (auch pandemiebedingte) wirtschaftlichen und europäischen Presseverleger missbräuch

Sachstand: Google bezahlt die Verleger für deren Inhalte, vermeidet aber die Qualifizierung als „Lizensierung“.

VG Media: Anforderung Leistungsschutzrecht damit formal nicht erfüllt.

Google: Geist des Gesetzes erfüllt.

Monopole festigen. Google habe etwa in den einheitlichen Verträgen für Google News Showcase jeden Hinweis auf „Lizenzgebühren“ vermieden. Die Nutzung der Verlagsinhalte erfolge lizenzgebührenfrei. VG Media regt die Einschaltung der Kartellbehörden auf nationaler und europäischer Ebene an. Der Vertrag verhindere gezielt die Refinanzierung der Inhalte mit Hilfe des Presseleistungsschutzrechts, schwäche die Pressevielfalt und ermögliche teilweise die Einflussnahme auf Inhalte.

Auch Facebook bemühe sich laut VG Media um Vereinbarungen mit einzelnen Presseverlegern. VG Media ist der Ansicht, dass durch dieses Vorgehen der Rechtsrahmen zur Sicherstellung einer unabhängigen Presse vorsätzlich ausgehebelt und die Spielregeln für Auswahl, Darstellung und Distribution journalistischer Inhalte durch Marktherrscher einseitig diktiert würden.

Google ist hingegen der Ansicht, mit der Initiative ein „partnerschaftliches und nachhaltiges Modell“ zugunsten der lokalen und regionalen Verlage zu etablieren – anstelle einer Zwangslizenzierung über eine Verwertungsgesellschaft (wie VG Media).

Das **BMWi** hat sich (zusammen mit B-Seite) zum (wirtschaftlichen) Schutz der Presseverlage und zur Förderung von Qualitätsjournalismus für eine **schnelle 1:1-Umsetzung** des europäischen **Leistungsschutzrechts für Presseverleger** eingesetzt.

Der vom BMJV vorgelegte Regierungsentwurf setzt die Forderung nunmehr um und wurde am 3. Februar 2021 vom Kabinett verabschiedet.

Die **BReg** hat zudem mit dem **GWB-Digitalisierungsgesetz** die Missbrauchsaufsicht insb. mit Blick auf große Digitalunternehmen modernisiert. Dabei wurde im parlamentarischen Verfahren auch eine Forderung der Verlage insb. mit Blick auf **Google und das Leistungsschutzrecht** umgesetzt: danach kann Unternehmen mit überragender marktübergreifenden Bedeutung für den Wettbewerb verboten werden, bei der Behandlung von Angeboten eines Dritten Vorteile zu fordern, die in keinem angemessenen Verhältnis zum Grund der Forderung stehen.